

Mischmasch von Irrtum und Gewalt

Die evangelische Kirche revidiert ihren ohnehin labilen Pazifismus, damit Räder rollen für »friedensethische Güterabwägungen«. Eine Würdigung traditionsbewusster Bigotterie von Peter Kusenberg

Glaubt nicht, daß ich fäsele, daß ich dichte
Scht hin und findet mir andre Gestalt!
Es ist die ganze Kirchengeschichte
Mischmasch von Irrtum und von Gewalt.

Johann Wolfgang Goethe, »Zahme Xenien«

Ukraine, Gaza, Sudan: In der Peripherie rollen die Panzer und Köpfe, weshalb die Herrschaft hierzulande grollt und barmt, auf dass die Regierungen im »safe European home« (The Clash) genügend Panzer und behelmte Köpfe akkumulieren können. In jene Köpfe muss die Herrschaft zuvor die Notwendigkeit des martialischen Tuns eintrichtern, und wer wäre besser dafür geeignet als die rückgratloseste Partei, Die Grünen, die aktuell jedoch leider in der Opposition verharret. Alternativ übernimmt den Job die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Deren »friedensethisches Redaktionsteam« überarbeitete das grundlegende Memorandum »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« aus dem Jahr 2007 und präsentierte die Neufassung im November 2025 auf der EKD-Synode in Dresden. Ihr Titel: »Welt in Unordnung. Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen.« Die rund 150 Seiten dicke »Denkschrift« soll laut der zuständigen Bischöfin Kirsten Fehrs, Jahrgang 1961 und Vorsitzende des EKD-Rates, »zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung«, womit die theologisch diskursive Affirmation des kriegspolitischen Handelns der Bundesregierung gemeint ist.

Der Text klingt maximal ausgewogen und gewissenhaft, wenn es heißt, dass die machtpolitischen Veränderungen in der Welt »politisch wohlabgewogenes Handeln« erfordern und es geboten sei, »friedensethische

Urteilsfähigkeit zu stärken«, was umso mehr gelte, »als in einer Demokratie jede und jeder aufgerufen ist, sich zumindest als Wählerin oder Wähler für den Frieden einzusetzen«, was wie ein Wahlauftrag für die Linkspartei und Sahra Wagenknechts konservative Truppe klingt, denn die anderen Parteien wollen allesamt Rheinmetall-Zeugs und Wehrpflicht für alle.

Der EKD-Text verweist beständig auf die Bibel, »appelliert an das im Glauben gebundene Gewissen und steht zugleich in der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Perspektiven«, also etwa denen von Boris Pistorius. Im Mittelpunkt steht der Begriff des »gerechten Friedens«, der erreicht werden könne über »friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung«, was eine Absage an die EKD-Position von vor fünf Jahren bedeutet.

Damals sagte der »Friedensbeauftragte der EKD«, Renke Brahm, dass der aktuelle Atomwaffenverbotsvertrag der Uno den nötigen Druck aufbauen könne, »dass diese Waffen endlich aus der Welt verbannt werden«. In der 2025er »Denkschrift« ist diese Position aufgeweicht wie die Würde eines Menschen im sudanesischen Bürgerkrieg: »Die teils offenen, teils versteckten Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation sind ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt nukleare Waffen eine entscheidende Rolle spielen können. In diesem Szenario würden alle Staaten, die nicht glaubwürdig auf eine nukleare Abschreckung verweisen können, zu potenziellen Opfern konventioneller Angriffe von Staaten ..., die über Atomwaffen verfügen. In dieser Konstellation auf nuklearen Schutz gänzlich zu verzichten, wäre sicherheitspolitisch kaum zu verantworten« – was Josef Stalin und Richard Nixon hundertprozentig akklamiert hätten.

Was die EKD tun könnte, wäre, auf nukleare Abrüstung zu drängen, doch Pustekuchen! beziehungsweise »Dilemmata«: »Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten. Denjenigen, die als Volksvertretung diese schwierige Abwägung vornehmen müssen, ist in dieser Entscheidung zur Seite zu stehen.« Also die Priester dem Boris Pistorius und seinem ehernen Gewissen. Mit dem hochtrabenden Wort »Dilemmata« beschwört der EKD-Text eine Mehrzahl von Zwickmühlen, die den Christenmenschen quetschen und quälen. Denn wer sich für »die befreiende Botschaft des Evangeliums« erwärmt, sollte stets »die berechtigten Ansprüche derer« berücksichtigen, »die Mangel und Not leiden, weil ... ihre Freiheit eingeschränkt ist«. Diese »Freiheit« ist Teil des Dreigestirns, zu dem noch der »Abbau von Ungleichheiten« sowie »friedensfördernder Umgang mit Pluralität« gehören, die allesamt nötig sind, um den »gerechten Frieden« zu gewährleisten.

Der »beginnt mit der Haltung des Herzens – und wächst dort, wo Menschen gemeinsam für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft eintreten«, nämlich eine, die ungefähr so beschaffen ist wie die hiesige, in der kein Putin die Schwulen drangsaliert und kein Chinese Milliarden scheffelt, ohne gleichzeitig zu behaupten, dass dies ja jeder könne, wie's in unserer erstklassigen »Chancengesellschaft« (Linkspartei 2024) der Fall ist. Das Herz des Christenmenschen ist der »theologisch-ethische Bezugspunkt« der »umstrittenen Frage ..., ob sich das fünfte Gebot, »Du sollst nicht töten«, auch auf die Handlungen der Staatsgewalt beziehe oder allein das Handeln der Einzelnen als Privatpersonen binde«. Die »Gewaltfreiheit« verdient für die EKD »Respekt«, doch beziehe

sie sich »nicht auf das Töten im Krieg oder etwa das Töten aus Notwehr«, sondern aufs »Töten ohne Rechtsgrundlage«. Und wenn die fehle, dann gelte: »Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll um des Menschen willen vergossen werden (1. Mose 9,6)«, woran sich die Bergpredigt anschließt, die »Tötungshandlungen im Rahmen der Rechtsordnung« erlaube, welche »zum Schutz der Nächsten vor Gewalt sogar geboten sein können«. Andererseits ist die durchaus widersprüchliche Bergpredigt eher bekannt für Bonmots wie das mit der anderen Wange und: »Jeder, der seinem Bruder auch nur zürnt, soll dem Gericht verfallen sein.«

Chef-Theologin Fehrs war einst heftig friedensbewegt und kennt, wie das »Neue Deutschland« vermutet, »noch das ›Nein ohne jedes Ja‹ zur Aufrüstung/Nachrüstung in den proteststarken 1980er Jahren«. Fehrs lobt Abschreckung und Dienstpflicht, räumt jedoch großzügig ein, die Denkschrift biete »keine fertigen Antworten an, erst recht keine einfachen Patentrezepte, sondern sie lädt dazu ein, Fragen neu zu stellen, die eigenen Positionen zu prüfen und das Gewissen zu schärfen«. Wenn die EKD für die Atomwaffen der Westmächte eine Rechtfertigung findet, dann erst recht für die Wehrpflicht und für die Berücksichtigung einer vermeintlichen Allgegenwart hybrider Kriegführung. »Denn erst auf der Grundlage einer eigenen, reflektierten Position ist eine Verständigung über den besten Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens möglich.« Womit der Christenmensch sein irgendwo zwischen präfrontalem Kortex und Amygdala verortetes Gewissen ordentlich ins Gebet nehmen muss, um Frieden mit sich selbst und idealerweise mit Aufrüstung und Bundeswehr finden zu können. »Sachlich ist festzustellen, dass eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr für einen Verteidigungsfall derzeit nicht gegeben ist. ... Ein allgemein verpflichtender Wehrdienst könnte helfen, ... Fähigkeiten zum Ausbau der Landes- und Bündnisverteidigung substanziell ... zu sichern«, wie's im »Friedens«-Text heißt, der die »sich verschiebende geopolitische Tektonik« anmahnt und »von Europa mehr sicherheitspolitisches Engagement« verlangt, weil nicht zuletzt »vom Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche Teile der Menschenrechte als ›westliche Werte‹ diffamiert« werden und die »evangelikalen Meinungsführer« jenseits des Atlantiks den »gerechten Frieden« missachten.

Der Einzelne immerhin darf hadern mit Bundeswehr und Rheinmetall, doch letztlich lässt sich die Pflicht zur »Sicherheit« als »eine Konkretion der Nächstenliebe verstehen, indem man sich für das Gemeinwesen als Ganzes einsetzt«, was in gutem Kirchenlatein als »Peace-versus-Justice-Dilemma« bezeichnet wird. Solange die Putin-Stalinsten »strukturelle Ungerechtigkeiten wie

Rassismus, Sexismus, Klassismus, Ableismus, Homophobie« befördern, »schränken (sie) Freiheit ein und verhindern Teilhabe und friedensförderliche Pluralität«, was die Bundeswehr als »konventionell stärkste Armee Europas« (Friedrich Merz) rechtfertige. Wer die Bundeswehr bejaht, »der steht immer in einem Spannungsverhältnis zwischen der Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen und dem Gebot Gottes, Gewalt zu meiden«, doch handelt er im »Rahmen der Rechtsordnung und nach sorgsamer Gewissensabwägung, ist moralisch und rechtlich ohne Schuld«. Der andere, der unbelehrbare Pazifist, darf freilich »machen, was er will – im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, versteht sich« (Franz Josef Degenhardt). Doch »als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts nicht legitimieren. Gewalt muss – notfalls mit Gegen Gewalt – eingedämmt werden.«

Damit steht die aktuelle EKD auf der Höhe der historischen Gewalt-Theologie. Kirchenvater Augustinus kannte jenen »gerechten Frieden« (pax iusta), zu dem der »gerechte Krieg« (bellum iustum) gehört, den der legitimierte Friedensstifter (legitima auctoritas) beginnen darf, wenn die Rechtsordnung gestört ist (causa iusta). Der einzige bärtige Teil der Trinität, Jesus Christus, sagte dazu laut dem Evangelisten Lukas: »Aber

von ›Verteidigungsfähigkeit‹ gebraucht werden und auf keinen Fall umgekehrt.« Das »Hinausgehen der Sprache über die geschlossene analytische Struktur (ist) ungehörig oder Propaganda« (Herbert Marcuse), weshalb der fremdwortgesättigte Sound der EKD-»Denkschrift« immerzu die westlichen Abstrakta (»Freiheit«, »Recht« und »Dilemmata«) wiederholt.

Vorbild können die Katholiken sein, die im Ersten Weltkrieg in Gestalt des Feldvikars Bjelik die Soldaten anhielten, »als getreue Nachfolger des Gottessohnes auf seinem Leidenswege alle Opfer im christlichen Geiste« aufzufassen, während kurz nach Weltkrieg No. 2 der Kölner Kardinal Josef Frings predigte, dass »die »Propaganda für eine uneingeschränkte und absolute Kriegsdienstverweigerung mit dem christlichen Gedanken nicht vereinbar ist«, und sein Pendant in der Gegenwart, der Kölner Kardinal Woelki, seit März 2022 findet, Waffenlieferungen an die Ukraine seien eine gute Idee.

»Das Christentum ist eine paradoxe Religion«, konstatiert der amerikanische Publizist Ross Douthat, »in der Jesus in einem Moment ein apokalyptischer Prophet ist, im nächsten ein weiser Ethiker.« Auf Erden »gerechter« Krieg, Frieden im »endzeitlichen Reich Gottes, in dem Leid und Not, Vergänglichkeit und Selbstbezogenheit endgültig überwunden sein werden«. Die »Denk-

»Für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung«: Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr (l.), Kirsten Fehrs, Ratsvorsitzende der EKD, und der evangelische Militärbischof Bernhard Felmborg in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Berlin, Juli 2025

nun, wer einen Beutel hat, der nehme ihn, desgleichen auch die Tasche; wer aber nichts hat, verkaufe sein Kleid und kaufe ein Schwert.« Da die »Verteidigung rechtsstaatlich eingeeht« werden muss, »braucht es Rüstungskontrolle, Abrüstungsperspektiven und größtmögliche Transparenz«. Denn die EKD weiß: »Sprache kann das Denken in Kategorien des Krieges befördern – oder eben ihm entgegenwirken. Daher sollte ›Kriegstüchtigkeit‹ nur als eine erläuternde Bestimmung

schrift« hat keinen Plan für die Ukraine, deren Krieg weitergehen muss im Sinne der »liberalen Staaten« – mit Gewissensverrenkungen und theologischen Sophistereien, die darin gipfeln, dass Bischöfin Fehrs resümiert: »Wir leben in einer unerlösten Welt.« Hallelujah! ●

Peter Kusenberg schrieb in konkret 12/25 über die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche